

Entscheidungen zu unseren Tarifverträgen.

VDB-Tarif.

Die Verhandlungen mit dem VDB über den Akkordlohn tarif dauern immer noch an. In Nummer 19 der „Buchbinder-Zeitung“ haben wir mitgeteilt, daß die Verhandlungen am 27. April begonnen haben. Seitdem dauern sie ununterbrochen an. Das Ziel der Verhandlungen ist, die gesamten Akkordpreise auf Goldmark umzustellen und bisher unzureichende Sätze angemessen zu erhöhen. Sämtliche Frauenarbeiten sowie die Abteilungen Marmorieren, Färben und Glätten, Goldschneide, Abpressen, Pappschneiden, Schulkartons, Borrichtern und einige kleine Abteilungen sind bereits durchberaten. Andere sind noch in der Schwebe. Es wird damit gerechnet, daß die Verhandlungen in der laufenden Woche zu Ende geführt werden können.

Der Manteltarif zum Reichstarif mit dem VDB läuft am 30. Juni ab. Die Verhandlungen über die Erneuerung desselben sollen in der Woche vom 8. bis 13. Juni stattfinden.

Mit dem Manteltarif läuft auch das Arbeitszeitabkommen am 30. Juni ab.

Das Lohnabkommen zum VDB-Tarif, das zum 27. Mai gekündigt wurde, ist durch Vereinbarung bis zum 17. Juni verlängert worden. Die Verhandlungen über die Erneuerung desselben werden zusammen mit denen über den Manteltarif geführt werden.

Der Reichstarif für die Kartonnagen-Industrie

war in der Vorwoche Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien. Der Tarif hatte Geltung bis zum 30. April d. J., durch besondere Vereinbarung war er Anfang April bis zum 3. Mai verlängert worden. Am 13. Mai kamen die Parteien in Hamburg zusammen, um einen Neuabschluß zu tätigen. Das mußte nach Lage der Sache ein schweres Stück Arbeit werden, zumal der Geschäftsgang in der Kartonnagen-Industrie ganz erheblich nachgelassen hat und auch die sonstigen Umstände in der Branche von vornherein erkennen ließen, daß die Geneigtheit der Unternehmer zu Verbesserungen des Tarifes auf dem Nullpunkt stand.

Das kam auch in deren Abänderungsanträgen zum Tarif zum Ausdruck. So forderten sie die Wiedereinführung des Arbeitszeitabkommens vom 10. Mai 1924, ferner eine Abänderung der Ziffer 17 des Tarifes dergestalt, daß Stütcharbeiter, die vorübergehend im Stundenlohn beschäftigt werden, einen Stundenlohn erhalten sollen, der dem tarifmäßigen Stundenlohn der betreffenden Gruppe entspricht. Die seither vertraglich festgelegte Mehrbezahlung von 10 Proz. auf die Dauer von 5 Wochen sollte beseitigt werden. In bezug auf die Ferienbezahlung sollte die seitherige Staffelung für Orte über 30 000 Einwohner fallen und die Staffelung für Orte unter 30 000 Einwohner für alle Branchenangehörigen Geltung haben. Ziffer 44 im Tarif, die die Bezahlung der Feiertage für diejenigen Arbeitnehmer sichert, die sie schon früher bezahlt erhielten, sollte gleichfalls gestrichen werden, desgleichen die Ziffern 72 und 76 im Tarif, die den als Maschinenarbeiterinnen tätigen Fach- und Hilfsarbeiterinnen einen Lohnzuschlag von 5 Proz. garantieren. Wie sich zeigt, hatten die Kartonnagenfabrikanten sich in der Zahl ihrer Anträge eine weisse Mähigung auferlegt, dafür aber gerade diejenigen Punkte herausgegriffen, die eine nachdrückliche Beinträchtigung des Lohnes unserer Kollegen und Kolleginnen im Gefolge haben mußten. Für die Gebiete Ober- und Niederschlesien, Ostpreußen, sowie für die Amtshauptmannschaften Annaberg und Marienberg in Sachsen wollten sie zwar die Mantelbestimmungen des Vertrages anerkennen, nicht aber das abzuschließende zentrale Lohnabkommen.

Diesen durchgreifenden Abbauabsichten der Unternehmer standen die Anträge unseres Tarifausschusses gegenüber, die, jede für sich, eine Verbesserung des Tarifes herbeizuführen suchten. Neben der Forderung auf Lohnerhöhung um 20 Proz. sollte das Verdienstlohn bei Akkordarbeit 20 Proz. über dem tariflichen Stundenlohn liegen. In der Ferienfrage sollte eine günstigere Staffel mit verlängerter Feriendauer durchgeführt werden und die Berufs-, nicht mehr die Betriebs-tätigkeit maßgebend sein. Die Bestimmungen über Arbeitsnachweis und Lehrlingswesen sollten verbessert resp. neu eingeführt, sowie die Altersstufen aller Gruppen günstiger gestaltet

werden. Ferner wurde eine Erhöhung des Zuschlages für Maschinenarbeiterinnen auf 10 Proz. und die Einreihung sämtlicher Maschinenarbeiterinnen in die Gruppe der Facharbeiterinnen verlangt. Daneben liefen noch eine Reihe weiterer Anträge, die eine Verbesserung des Tarifes zum Ziel hatten. Auch für das Ortsklassenverzeichnis lagen eine Anzahl Anträge vor.

Den eingehenden Begründungen der einzelnen Anträge durch unsere Tarifausschussmitglieder setzten die Unternehmer ein hartnäckiges Nein gegenüber. Auch nicht ein einziger Punkt war, bei dem sich ein Entgegenkommen bemerkbar machte. Es war ganz offensichtlich: Die Geschäftslage in der Kartonnagen-Industrie gab den Unternehmern ein Gefühl der Stärke, das sie weidlich auszunützen verstanden. Daneben aber ließ sich nicht verkennen, daß die allzu passive Haltung unserer Kollegen und Kolleginnen der Kartonnagenbranche dieses Machtgefühl der Unternehmer über Gebühr stärkte. Durch die mangelnde Aktivität in Gewerkschaftsfragen unter dieser Gruppe unserer Berufsangehörigen, die sich in einer beschämenden Lauheit dem Verbands gegenüber äußert, wird die Haltung der Unternehmer ganz selbstverständlich sehr stark beeinflusst und deren hartnäckige Ablehnung aller unserer Forderungen ist der naturgemäße Ausfluß der mangelnden Anteilnahme der Kartonnagenkollegen und -kolleginnen am Verbandsleben. Wir stehen nicht an, auszusprechen, daß erst eine Aenderung in der Haltung unserer an diesem Tarif interessierten Kollegen und Kolleginnen notwendig ist, ehe mit einer nennenswerten Verbesserung der tariflichen Bestimmungen gerechnet werden kann. Noch ist es Zeit dazu. Die Verhandlungen sind zu einem endgültigen Abschluß noch nicht gekommen und der seither geltende Vertrag ist bis Ende Juli verlängert worden. Das bestehende Lohnabkommen wurde bis zum 2. Juli verlängert. Mag unsere Kollegenschaft in der Kartonnagen-Industrie die Zwischenzeit benutzen, um so viel Verkauftes der letzten Monate nachzuholen, dann wird auch die Aussicht gegeben sein, daß das derzeitige hartnäckige Nein der Unternehmer einer besseren Einsicht weicht.

Gleich zu Beginn der Verhandlungen verlangten die Unternehmer die unveränderte Verlängerung des Tarifes unter Ablehnung jedweder materiellen Belastung der Betriebe. Nachdem diese Forderung von unserem Tarifausschuss abgelehnt war, wurde in die Beratung der gestellten Anträge eingetreten. Als positives Ergebnis ist nur zu verzeichnen, daß in Ziffer 32 des Tarifes durch eine redaktionelle Aenderung des seitherigen Wortlautes in den besonderen im Tarif vorgesehenen Fällen Überstunden geleistet werden müssen. Die Ziffer 48 erhält folgende Fassung: „Heimarbeit darf an im Betriebe Beschäftigte nicht ausgegeben werden, sofern dieselben die tariflich festgelegte Arbeitszeit bereits im Betrieb erreicht haben.“ In Ziffer 55 wird der zweite Satz gestrichen und in Ziffer 69 werden der letzten Altersstaffel die Worte angefügt: „und darüber“. Mehrere im Laufe der Zeit entstandenen Differenzen in der Einhaltung des Lohnabkommens wurden zu beheben versucht und in bezug auf das Ortsklassenverzeichnis sind einige Aenderungen von geringer Bedeutung vorgenommen worden. Das ist die ganze positive Ausbeute der mehrtägigen Verhandlungen.

Ueber die folgenden sechs Punkte soll das Reichsarbeitsministerium entscheiden: 1. 20prozentige Lohnzulage. 2. Akkordlohnverdienst 20 Proz. mehr als der Mindeststundenlohn der betreffenden Gruppe. 3. Bessere Gestaltung der Lohn- und Altersstaffel der Gruppe Facharbeiter. 4. Desgl. der Gruppe Hilfsarbeiter. 5. Desgl. der Gruppe Hilfsarbeiterinnen. 6. Ziffer 70 des Vertrages soll lauten: „Als Facharbeiterinnen gelten: Tischarbeiterinnen auf Klebearbeiten nach zweijähriger Lehrzeit bzw. nach zweijähriger Berufstätigkeit, ferner nach einer Ausbildung von 3 Monaten selbständig arbeitende Maschinenarbeiterinnen.“ Das Reichsarbeitsministerium wird in der nächsten Zeit mit der Klärung dieser Streitpunkte befaßt werden. Unsere Kartonnagenkollegen und -kolleginnen aber mögen die Zeit nicht unbenuzt verstreichen lassen. Sie müssen sich selbst etwas mit regen, wenn ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser werden sollen.

Der Kultursinn des Gewerkschaftskampfes.

Der Kapitalismus hat der Arbeit den Inhalt genommen. Selbst wenn die Arbeit des einzelnen auch vielleicht noch so interessant ist und der Veranlassung des Schaffenden noch so sehr entspricht, selbst dann fehlt der Arbeit der tiefere Sinn, weil die Arbeit einem materiellen Zwecke gilt: Dem Unternehmerrgewinn und der eigenen wirtschaftlichen Existenz. Und je kapitalistischer die Welt wird, um so mehr kommt die Arbeit als Arbeit ohne tieferen Inhalt zum Ausdruck.

Auf welch geistigen Tiefstand der Kapitalismus die Arbeit gebracht hat, tritt besonders traurig in die Erscheinung, wenn man die Arbeit von heute mit dem Charakter vergleicht, den die erste Arbeit hatte, die vom Menschen vor vielen Weltperioden im schlichsten Menschheitsstadium geleistet wurde. Nach dem Urteile der neueren Ethnographie war die erste Arbeit der Menschheit Kunst. Kunst natürlich nicht in unserem modernen Sinne, sondern im Sinne jener Zeit. Der Mensch ist, darüber ist sich die Wissenschaft heute einig, von Natur aus nicht dieses elende Nützlichkeitswesen, für das man ihn immer gehalten hat. Der Mensch ist im Urzustande nicht der einseitig praktische Mensch gewesen. Er war der künstlerische Mensch. Der Urtrieb des Menschen war „der elementare künstlerische Schmückungstrieb“. Daß der Schmuck, wie alle Ethnographen heute anerkennen, sogar älter ist als die Kleidung, befragt alles. Das Wesen der ersten Arbeit diente dem Schmucke, der Bemalung des Körpers, den Tätowierungen. Und auch als die Kleidung aufkam, war sie, so sagt die neuere Ethnographie, aus diesem künstlerischen Schmuckbedürfnis heraus entstanden. Der Mensch wollte schön sein. Er wollte gefallen. Wie der Sticking — im Aquarium können wir es beobachten — bei der Werbung ein hochzeitliches Kleid anlegt, das in den schönsten Farben schillert, und wie der Vogel bei der Paarung im Frühling durch sein Singen und Flöten gefallen will, so sah auch der Mensch jener Urzeit sein Wesen nicht im Satteln und im Anhäufen von Gütern, sondern in einem primitiv künstlerischen Ausdruck. Aus solchen Schönheitsaufgaben des primitiven Menschen heraus erwuchsen die ersten Gewerbe. Man fand in paläolithischen Niederlassungen farbige Erden, die dazu bestimmt waren, den menschlichen Körper zu färben, und seine Feuersteinmesserchen zur Tätowierung.

Alle diese wissenschaftlichen Feststellungen sind überaus interessante Belege für den, der nach dem natürlichen Sinne des Daseins sucht. Das, was wir vom Leben verlangen, steckt seit Urzeiten tief im Wesen der menschlichen Natur. Der Sinn des Lebens ist nicht die ewige Sorge um das Brot. Der Sinn des Lebens ist Schönheit, Durchgeistigung, Kultur. Auch wir wollen Kunst, natürlich nicht wie der Urnensch, sondern entsprechend der Auffassung unserer Zeit.

Je mehr der Mensch von Sorgen befreit ist, um so mehr kann er seinem eigentlichen Sinne leben. Je besser er wirtschaftlich gestellt ist, um so eher kann er seinem Leben eine ästhetisch-kulturelle Note verleihen.

Wie schon der erste Mensch seine Schönheit nicht im Materielle, sondern im Primitiv-Geistigen, in seiner primitiven Schönheit suchte, so ist der Sinn des modernen Menschen Kultur, und seine soziale Stellung muß so sein, daß ihm Kultur möglich ist. Das „Existenzminimum“ als Forderung von nichts als nur dem nötigsten Quantum an Brot und Kartoffeln ist eine Forderung, die dem Ursinne des Menschen widerspricht. Im Existenzminimum muß eingeschlossen sein die Kulturpflicht und die Möglichkeit, in Kultur zu leben. Dieser Kulturpflicht des Menschen das Recht zur Entfaltung zu geben, ist der geistige Sinn, den die freie Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen hat.

Zum Licht empor mit klarem Blick,
ein Vorwärts stets, nie ein Zurück,
ein frohes Hoffen, kühnes Streben
und schnelles Handeln auch daneben —
dann hat das Dasein Zweck und Ziel,
wer Großes will, erreicht auch viel. —

Lindenberg.

Rauschende Feste — ernste Arbeit.

Die rauschenden Feste des nationalistischen Blochs sind vorüber. Hindenburg, der kaiserliche Generalfeldmarschall, hat in die Hand des ehemaligen Schriftsetzers und jetzigen Reichstagspräsidenten Paul Löbe den Eid auf die Republik abgelegt. Die Warenhäuser können ihre Restbestände an schwarzweißrotem Jahrentuch wegpacken, sie hatten eine gute Konjunktur. Nun da die Reibschwadern eines nationalistischen Deliriums sich verzogen, gilt es mit allem Ernst an die Arbeit zu gehen. Die Hindenburgpresse predigt das gleiche, wenn sie in einem Resümee zur Hindenburg-Bereidigung schreibt: „Die Feste sind vorüber. Gehen wir alle an unsere Arbeit.“ Also tun wir das, denn es wird die höchste Zeit.

Wie es nun bei solchen Anlässen zu gehen pflegt, veröffentlichte Hindenburg eine Proklamation an das deutsche Volk. Hier setzt er, oder seine Hintermänner, die ihm diese Proklamation in die Hand drückten, auseinander, daß er dem Wohle des deutschen Volkes dienen wolle, wobei er auf den Beistand Gottes vertraue. Er erinnert an die „ruhmvollste Vergangenheit“ (womit wahrscheinlich das Massenschlachten und die Kohlrübenzeit gemeint ist) und schließt mit der Aufforderung, gemeinsam „ungebeugten Mutes den schweren Weg zu gehen, der uns durch wahren Frieden zur Freiheit geleiten soll.“ Die Tränenbrühen des nationalen Spießbürgers sind somit genügend getipelt. Sie werden die Sätze ihres „Retters“ auswendig lernen, versprechen sie doch jedem etwas.

Doch in der Proklamation wendet sich Hindenburg auch an das arbeitende Volk. Ist es schon verdächtig, wenn ein Junker von der Fürsorge der arbeitenden Klassen spricht, so ist doppelte Vorsicht geboten bei einem Manne, der seit seiner frühesten Jugend nur Militär war und die Hand- und Kopfarbeiter nie aus eigenem Erleben kannte. Was hatte Hindenburg dem arbeitenden Teil des republikanischen Deutschland nun zu sagen? In seiner Proklamation äußerte er folgendermaßen: „Mein erster Gruß gilt allen denen, die unter der Not der Zeit besonders leiden. Er gilt den vielen, die im harten wirtschaftlichen Ringen um ihr Dasein stehen. Er gilt dem arbeitenden deutschen Volke, von dem die schwere Lage von Staat und Wirtschaft besondere Leistungen erfordert.“ Mit Worten läßt sich trefflich streiten. Mit Worten lassen sich viele Versprechungen machen, zumal wenn sie so gehalten sind, daß man an keine Pflicht zur Einlösung gebunden ist. Von dem Gruß eines kaiserlichen Generalfeldmarschalls vermag niemand satt zu werden und keinem wird das schwere Los erleichtert. Also registrieren wir diese Höflichkeitsbezeugung vor der Königin Arbeit und warten wir ab, was darauf folgt.

Die herrschenden Klassen sitzen in Deutschland jetzt fast überall im Sattel. Sie haben den Reichspräsidenten und vor allem die Reichsregierung. Dazu sind sie noch in den meisten Gliedstaaten tonangebend. Trotzdem dies alles meist seit langem der Fall ist, haben wir noch nichts von einer Erleichterung des schweren Loses gemerkt. Wenn man sich den phänomenalen Grundsatz vor Augen hält, daß nur Arbeit, von Schweiß und Blut begleitete harte Arbeit, der Ursprung aller Werte ist und infolgedessen die riesigen Lasten der Reparationen, des Wiederaufbaues usw. von denen zu tragen sind, die diese Arbeit leisten müssen, dann muß man die Gummiegebäude bewundern, mit der das deutsche Volk, soweit es mit Hand und Sirn schafft, sich in sein Los sügt. Wenn also keineswegs eine arbeiterfreundliche Politik der Leitern der bürgerlichen Regierungen war, so tritt das Gegenteil desto klarer in Erscheinung. Davon legen die Steuerdebatten im Reichstag Zeugnis ab. Schonung des Besiegten galt hier als einzige Parole.

Eins sollte jetzt von allen Gewerkschaftscollegen erkannt werden: Das Gefechtsfeld ist klar abgesteckt, es ist an der Zeit eine Arbeiterpolitik zu treiben! Zusammenschließung der Hand- und Kopfarbeiter und Aufstellung klarer Richtlinien. Die Zeit der Gegenrevolution, die jeder revolutionären Epoche zu folgen

pflegt, ist in Deutschland angebrochen. Um mit Marx zu reden, hat „die Revolution die alten Oppositionsparteien auf die Staatshöhe geschleudert, damit sie nicht nur in der Tat, sondern mit der Pflanze selbst ihre alten Phrasen verleugnen.“ Die Herren der Rechten haben mit dem „Retter“ Hindenburg an der Spitze zu zeigen, ob sie bessere Zustände zu schaffen vermögen. Ueberdies ist eine bemerkenswerte Feststellung zu machen: Die Gruppen des Bürgertums, die unter der Flagge Schwarzrotgold mit der Arbeiterschaft die letzten Wahlschlachten geführt haben, beginnen sich neu zu orientieren. Das Bürgertum ist nicht gewohnt zu kämpfen, sondern rasch geneigt, dahin zu fallen, wo sich die Macht befindet. Dies scheint in Deutschland jetzt der Fall zu sein. Erkennen wir also den Kern der jetzigen politischen Situation!

Ferner ist die Feststellung notwendig, daß der leidenschaftliche Kampf der Großbourgeoisie und des Junkertums bei der Wahl sich einzig und allein gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften richtete. Das Zentrum hat in seinen Reihen ebenfalls Großgrundbesitzer und Großindustrielle vom Schlage der Thyssen und Klöckner, eine solche Partei bürgt keine Gefahr für die Bourgeoisie schweren Kalibers. Von den Demokraten gilt dasselbe. Auch hier sitzen neben Arbeiter- und Angestelltengruppen und einigen Journalisten Vertreter des wachsenden Kapitalismus aus der Sphäre des Handels, der Fertigungsindustrie und der Banken. Mit bemerkenswerter Offenheit wurde ganz deutlich von dem Organ der Rechten ausgeführt, daß die Niederlage vor allem der Sozialdemokratie und den hinter ihr stehenden Gewerkschaften gelte. Klares Erkennen ist auch hier notwendig, um einer ähnlichen Niederlage gewappnet gegenüber zu stehen. Vielleicht gelingt es dann eher, irreführende Arbeitermassen, die, weil sie das Vertrauen verloren, führerlos rechts und links von der klaren Linie sich verlieren, in das Heer der kämpfenden Massen zurückzuführen.

Hindenburg schwor auf die Verfassung der Republik. Ja er fand sogar einige anerkennende Worte für Friedrich Ebert. Und wertwürdigerweise ist es in den Organen der Rechten still geworden über die Beseitigung der Republik. Die Hugenbergpresse, die ihren Lesern monatelang allerhand von einer Zeiten- und Weltenswende vorgepfeilt, vertröstet sie damit, daß man vorerst andere Sorge habe. Wie Herr Neuhaus, der Unentwegte, der lieber seine Entlassung nahm, als den Schwur auf die Verfassung zu leisten, leicht zu demselben Schwur bereit war, als der Ministerjessel winkte, so geht es auch allen übrigen. Es ist das eingetroffen, was Walter Rathenau 1920 von der Weimarer Verfassung schrieb: „Ein Zeugnis neuen Lebens ist die Weimarer Verfassung nicht... Sie schafft nicht ein soziales Reich der Arbeit, sondern die typische Bürgerrepublik, die ebensowenig in Rumänien wie in Paraguan zu Hause ist.“ Wie recht dieser bürgerliche Denker hatte, sehen wir jetzt. Deutschland ist tatsächlich zu einer typischen Bürgerrepublik geworden, sie ist von den Großkapitalisten erobert worden. Vielleicht erleben wir in wenigen Jahren, daß die schwarzrotgoldene Reichsfahne, unter deren Schatten sogar ein Hindenburg schwor, zur Fahne des Kapitalismus geworden ist. Wenn es sich unter diesem Banner gut leben läßt, warum dann ein System wechseln?

Doch ehe Deutschland ein vollendeter Bourgeoisstaat geworden, gilt es noch allerhand Reste der Novemberrevolution zu beseitigen. „Ein paar Sekunden lang hört man in der Stille den Atem der Geschichte: 9. November 1918 — 12. Mai 1925.“ So charakterisiert das Hugenbergblatt, der „Berliner Lokalanzeiger“ den Akt der Hindenburg-Bereidigung. Deshalb wird die Großbourgeoisie jetzt ganz regelmäßig beginnen, den Einfluß der Arbeiter, Angestellten und Beamten vollständig zu beseitigen. Die Gewerkschaften müssen der eiserne Fels sein, an dem der Klassenkampf von oben gebrochen wird. Die Herren von rechts hätten ihre Feste, jetzt wollen sie mit der Arbeit beginnen. Kommen wir ihnen zuvor und denken wir vor allem an den Ausbau der Gewerkschaften.

Die Not- und Schicksalsgemeinschaft der deutschen Arbeiter.

Die Herrschaft des Kapitalismus ist in den bestehenden ökonomischen Verhältnissen begründet. Diese sind in ständiger Umwälzung begriffen. Bei dem ungeheuer komplizierten Organismus des Wirtschaftsapparats und seiner Verbundenheit mit der Wirtschaft anderer Nationen, aus der er nicht willkürlich loszulösen ist, kann sich diese Umwälzung nur langsam, für die mit der Eigenart des wirtschaftlichen Betriebes nicht Vertrauten kaum merkbar vollziehen. Die Entwicklung steht jedoch nicht still und gewisse Anzeichen lassen erkennen, daß sie in der Richtung erfolgt, der Herrschaft des Kapitalismus ein Ende zu machen, sie wie jede vorhergehende Klassenherrschaft zu beseitigen. Das aber nicht allein! Die gleichen Anzeichen sprechen dafür, daß dem Kapitalismus der Sozialismus folgen wird und zwar um so eher, als die arbeitenden Massen die Notwendigkeit des vor sich gehenden Entwicklungsprozesses begreifen sowie ihn mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, vor allem durch die Stärkung ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisation fördern.

Vorläufig gibt der Kapitalismus noch fest im Sattel; es hieße sich in falschen Hoffnungen wiegen, diese Tatsache abzugeben zu wollen. Die letzten Reichstagswahlen sowie die Wahl Hindenburgs als Nachfolger des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert machen hierüber jeden Zweifel unmöglich. Das Großkapital wie das mit ihm verbundene Großagrarertum waren bei diesen Wahlen Sieger, was in den volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieser Wahlen bald noch deutlicher in die Erscheinung treten wird. Nicht aus eigener Kraft, sondern durch die Gewinnung der großen Masse derjenigen, die bekanntlich nicht alle werden, jeder politischen und wirtschaftlichen Einsicht ermangelnd, rein gefühlsmäßig eingestellt, sich von politischen oder radikalen Schlagworten und Phrasen umnebeln und für die kapitalistischen Zwecke einzufangen ließen.

Daraus sind die erforderlichen Lehren zu ziehen. Die politische und wirtschaftliche Erziehung des deutschen Volkes war von jeher eine äußerst rückständige. Sie war dem herrschenden System des alten Polizeistaates angepaßt, ging notwendig aus ihm hervor. Der Kapitalismus wußte sich diese Sachlage nutzbar zu machen. Wie war er um Schlagworte und Phrasen verlegen, wenn es galt, Raubzüge auf die Taschen des Volkes zu unternehmen, und die Geschäfte der Finanzskandale, von denen Kurt Heinig vor kurzem eine so „lieblich anmutende Blütenlese“ aus der Zeit des Kaiserreichs veröffentlichte, wie auch das Ergebnis der stattgefundenen Wahlen zu den geschätzten Körperchaften zeigt, mit welchen Erfolgen dies geschah.

Zu den vielen Schlagworten dieser Art, die während und nach dem Kriege von kapitalistischer Seite in die Massen geschleudert wurden, gehört auch das von der Not- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes. Die Notlage, in die das deutsche Volk infolge des verlorenen Krieges geriet, hätte wohl eine solche Not- und Schicksalsgemeinschaft notwendig gemacht. Besonders die arbeitenden Massen konnten erwarten, daß die kapitalistischen Kreise ihre Raubgelüste zurückdämmen, die Auswucherung des Volkes wenn nicht einsperrten, so doch einschränken und der allgemeinen Not Rechnung tragen würden. Selbst in den politisch und wirtschaftlich aufgetärten Arbeiterkreisen gab man sich dieser Hoffnung hin, wenn auch nur kurze Zeit. Nur zu bald zeigte sich, daß der Kapitalismus nicht fähig war, seine Natur zu verleugnen, im Gegenteil auch die ärgste Not des Volkes als willkommenes Gelegenheit benützte, aus ihr durch rückwärtssofeste Auswucherung und Ausbeutung der breiten Volksmassen Nutzen zu ziehen. Deshalb traten sie ihm auch — sowie diese Tatsache unumstößlich feststand — in schärfster Kampfesstellung entgegen. Die indifferenten, unaufgetärten Massen dagegen ließen sich nach wie vor von den kapitalistischen Phrasen über die Berarmung des deutschen Volkes, der Not-

lage seiner Wirtschaft, den drückenden Lasten der Reparationslasten, der erschreckenden Abnahme des deutschen Volkseinkommens, der gesunkenen Produktivität der Arbeitsleistung, der Notwendigkeit intensiverer und längerer Arbeitszeit, den hohen, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie untergrabenden Löhne usw. einfließen, unterstützten sogar ihre Urheber, ohne zu bemerken, daß sie durch ihr vertieftes Handeln selbst die Grundlage ihrer Existenz untergraben.

Wie sehr sie damit dem Kapitalismus Vorschub leisteten, ihre Lage verschlechterten, offenbart besonders drastisch die Steuerverteilung im Reiche. Kann es etwas ungeheuerlicheres als die Feststellung der Tatsache geben, daß nach dem Reichshaushaltsplan für 1925 einer Besitzbelastung von rund 1800 Millionen eine Belastung der Nichtbesitzenden von 3340 Millionen gegenübersteht, also zwei Drittel aller Steuern in Deutschland von den wirtschaftlich schwächsten getragen werden müssen? Genau so war es in den ersten elf Monaten des Steuerjahres 1924/25, für die nun die Rechnungsausweise vorliegen. In dieser Zeit gingen an Besitzsteuern ein: 2108 Millionen, an die Massen treffenden Steuern 4593 Millionen. Auch hier also das gleiche Bild: über zwei Drittel aller Steuern wurden den Schultern der Nichtbesitzenden aufgeladen. Trotzdem weigert sich die Regierung, die Grenze für die Steuerfreiheit von 720 Mark auf 1200 Mark heraufzusetzen, wie es von der Sozialdemokratie gefordert wurde, im Gegensatz zu England, wo die proletarischen Schichten von der Einkommensteuer befreit sind. Dort beginnt die Verpflichtung zur Zahlung von Einkommensteuer für die Unverheirateten mit 2700, für die Verheirateten mit 4500 Mark. Bei letzteren wird außerdem die Steuer-grenze dadurch noch weiter hinausgeschoben, daß für das erste Kind 750, für das zweite Kind weitere 540 Mark steuerfrei bleiben. Ein Ehepaar in England mit 2 Kindern wird also erst zur Einkommensteuer herangezogen, wenn sein Einkommen 5760 Mark übersteigt, während in Deutschland ein verheirateter Arbeiter mit 2 Kindern bereits mit einem Einkommen von 867 Mark einkommensteuerpflichtig ist.

Der Feststellung dieser Ungerechtigkeit wird von kapitalistischer Seite mit dem Einwand begegnet, daß wir uns in dem durch den Krieg arm gewordenen Deutschland, nicht in dem reichen England befinden. Das trifft zu, ist aber nur bedingt richtig. Deutschland ist durch die Schuld seiner Besitzenden Klasse, besonders der Großindustriellen und Großagrarien, arm geworden. Diese Verarmung erstreckt sich aber nicht auf die kapitalistischen Kreise, sondern auf die breiten Massen des Mittelstandes und der Arbeiter. Und diese Verarmung besteht zum großen Teil in nichts anderem, als in einer Verschiebung der Vermögenswerte aus dem Eigentum der Minderbemittelten in die Taschen der Besitzenden. Was jene verloren, haben letztere gewonnen, und sie gewinnen noch immer. Wäre es anders, wie will man den Luxus erklären, der heute nicht minder toll als in der Inflationsperiode von den Besitzenden getrieben wird? Wo ist die Not der deutschen Industriellen, wenn große deutsche Unternehmungen in ihren Anleiheprospekten den amerikanischen Geldgebern beweisen, daß die Werte in Deutschland nicht nur viel mehr wert sind, als in den Altanlagen und Geschäftsberichten gesagt wird, sondern daneben auch geradezu fabelhafte Gewinne gemacht werden können? Mag hierin manches gesunken sein. Die Tatsache, daß der deutsche Kapitalismus, wie er sich vor allem in unserer Großindustrie verkörpert, keine Not leidet, ist nicht zu bestreiten. Das Gegenteil glauben nur diejenigen, die wirtschaftlich blind und taub sind. Bestände jene Not- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes, von der in den Wahlsprüchen des Rechtsblocks so viel die Rede war, in Wirklichkeit, dann wären jene trassen Unterschiede in dem Ueberfluß auf der einen und dem Elend auf der andern Seite nicht vorhanden. Dann würden die Vertreter der Besitzenden Klassen bei der gegenwärtigen Behandlung der Aufwertungsfrage im Reichstag eine andere Stellung einnehmen müssen, als es tatsächlich geschieht.

Die organisierte Arbeiterschaft schenkt deshalb den kapitalistischen Liebesbeteuerungen kein Gehör. Sie sucht ihre Not- und Schicksalsgemeinschaft in den Gewerkschaften, dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß aller Arbeiter zu einer mächtigen, geschlossenen Angriffs- und Abwehrfront gegen den Kapitalismus. Nur dieser Zusammenschluß verbürgt ihnen, daß die sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe, die sie zu führen gezwungen ist, nicht vergeblich sein werden. Je mehr auch die noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu der gleichen Einsicht gelangen, sich ebenfalls der gewerkschaftlichen Organisation anschließen, um so mehr muß der Kapitalismus an Boden verlieren, in seiner Aktionskraft geschwächt werden. In dem gleichen Maße aber wie sie ihrem schärfsten Gegner das Feld freitig zu machen vermögen, werden ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erfolge an Bedeutung gewinnen.

Aufwertung der Invalidenrenten.

Zu den zahlreichen Opfern der Währungszertrüttung und Geldentwertung gehören unter anderem auch die Träger der deutschen Sozialversicherung. Ihr durch jahrzehntelange Beitragszahlung der Versicherten angesammeltes Vermögen ist, soweit es nicht in Sachwerten, wie Heilanstalten, Sanatorien, Rekonvaleszentenheimen usw. angelegt werden konnte, nahezu restlos verloren gegangen. Deshalb war es den Versicherungsträgern in den letzten Jahren der fortschreitenden Geldentwertung nur möglich, mit Unterstützung namhafter Zuschüsse des Reichs ihre Leistungen an die Versicherten aufrecht zu erhalten. Aber auch trotz dieser Hilfe mußten sich die Versicherten mit erheblich herabgesetzten Leistungen begnügen. Am härtesten wurden hieron die Versicherten der Unfall-, Angestellten- und Invalidenversicherung betroffen. Dieser Zustand ist noch nicht überwunden und ist auch für absehbare Zeit nicht daran zu denken, daß eine wesentliche Änderung eintritt, denn wie für die Arbeiter im allgemeinen, hat die Reichsregierung auch für die Invaliden der Arbeit keine Mittel übrig. Das war schon früher so unter dem monarchistischen Regiment und wird bleiben, solange die Arbeiter nicht in weiterem Umfange zu einer besseren wirtschaftlichen und politischen Einsicht gelangen, die den gegenwärtig herrschenden Klassen eine andere Haltung gegenüber der Arbeiterschaft aufzwingt.

Das Gesetz vom 23. März d. J. bringt nun eine kleine Erhöhung der bis dahin außerordentlich niedrigen Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten. Bekanntlich wurde vom 1. Januar 1924 an bei der Invalidenversicherung den durch Krankheit oder Alter invalide gewordenen Versicherten eine Einheitsrente von monatlich 13 Mark gewährt, die später eine Erhöhung auf 14 Mark erfuhr. Diese Erhöhung bedeutete gar nichts und ließ diejenigen Versicherten, die seit Beginn des Invalidenversicherungsgesetzes ihre Beiträge entrichteten, immer noch einen Ausfall in Höhe von 40 Proz. der früheren Rente erleiden. Die sozialdemokratischen Anträge im Reichstag zielten darauf hin, dieses Unrecht aufzuheben, handelt es sich doch um in langen Beitragsjahren wohlverworbene Ansprüche der Versicherten. Sie fanden aber nicht die erforderliche Unterstützung. Das so zustande gekommene Gesetz beseitigt deshalb das alte Unrecht nicht, sondern mildert es nur, indem es mit Wirkung vom 1. April d. J. den Reichszuschuß zu den Invaliden-, Witwen- und Witwenrenten von 48 auf 72 Mark und für die Waisenrenten von 24 auf 36 Mark heraufsetzt. Mit dieser Erhöhung des Reichszuschusses wird also zu jeder Rente an Erwachsene sofort eine Zulage von 2 Mark, für jede Waise von 1 Mark gewährt.

Eine weitere Besserung der Verhältnisse wird dadurch herbeigeführt, daß den Altrentnern und solchen Antragstellern, die vor dem 30. September 1921 Beiträge der früheren Beitragsklassen 2 bis 5 bezahlt haben, eine Aufwertung der Renten zugestanden wird. Diese erfolgt durch Festsetzung und Anrechnung von Steigerungssätzen für die zurückliegende Beitragszeit. Als Steigerungssätze wurden festgesetzt für jede Bei-

tragswoche der 2. Lohnklasse 2 Pfennig, 3. Lohnklasse 4 Pfennig, 4. Lohnklasse 7 Pfennig, 5. Lohnklasse 10 Pfennig. Die Lohnklasse 1 findet hierbei keine Berücksichtigung und ist für sie ein Steigerungssatz nicht festgesetzt. Für Beiträge, die nach dem 1. Januar 1924 bezahlt werden, kommt dagegen ein Steigerungssatz von 10 Proz. des Beitragswertes in Anrechnung. Die Berechnung der Rente wird durch diese verschiedene Bewertung der Beiträge unnötig kompliziert und den Versicherten erschwert. Zum besseren Verständnis möge folgendes Beispiel einer Rentenberechnung für einen Versicherten dienen, der vor dem 30. September 1921 in den Lohnklassen 2 bis 5 je 300 und in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis zum Eintritt seiner Invalidität 50 Beiträge der 5. Lohnklasse gezahlt hat:

	Beiträge	Lohnklasse	Steigerungssatz	Mk.
Neu beschlossene Steigerungssätze aus früheren Beiträgen	800	2	2 Pf.	6,—
	300	3	4 "	12,—
	300	4	7 "	21,—
	300	5	10 "	30,—
Neue Beiträge	50	5	10 "	5,—
				74,—

Hierzu: Grundbetrag 120,—
Reichszuschuß 72,—

Somit Jahresrente von 264,—

oder 22,17 Mark pro Monat.

Für Empfänger von Invalidenrente, die eheliche Kinder unter 18 Jahren haben, erhöht sich die Rente für jedes Kind um jährlich 36 Mark. Den ehelichen Kindern gleichgestellt sind die für ehelich erklärten oder an Kindes Statt angenommenen Kinder, Stiefkinder und Enkel, wenn sie vor Eintritt der Invalidität von dem Rentenempfänger unterhalten wurden, ferner uneheliche Kinder des Rentenempfängers, wenn die Vaterschaft anerkannt ist.

Die Festsetzung der Steigerungssätze für die vor dem 30. September entrichteten Beiträge erfordert eine Umrechnung der inzwischen festgelegten Renten. Hiernach erfahren die Invalidenrenten, die Witwen-, Witwen- und Waisenrenten auch nach dieser Seite hin eine entsprechende Heraufsetzung. Die Witwen- und Waisenrente setzt sich zusammen aus sechs Zehntel der aus Grund- und Steigerungsbeitrag errechneten Invalidenrente. Hierzu kommt der Reichszuschuß. Unter Zugrundelegung des angeführten Beispiels würde die Witwe des für die Rentenberechnung in Betracht kommenden Invaliden an Rente erhalten:

2/10 des Steigerungssatzes von 74 Mk. = 44,40 Mk.
1/10 des Grundbetrags von 120 „ = 72,— „
hierzu Reichszuschuß = 72,— „

Somit Jahresrente 188,40 Mk.

oder 15,70 Mk. monatlich.

Die Waisenrente dagegen setzt sich für jede Waise unter 18 Jahren zusammen aus fünf Zehntel der aus Grund- und Steigerungsbetrag errechneten Invalidenrente nebst Reichszuschuß. Lassen wir wie vorher das gleiche Beispiel gelten, so ergibt sich folgende Berechnung:

5/10 aus dem Steigerungssatz von 72 Mk. = 36,— Mk.
5/10 aus dem Grundbetrag von 120 „ = 60,— „
hierzu Reichszuschuß 36,— „

Somit Jahresrente 132,— Mk.

oder 11 Mk. monatlich.

Die durch die neue Aenderung der Invalidenversicherung gebotenen Verbesserungen sind, wie aus vorstehenden Beispielen hervorgeht, außerordentlich gering. Es ist ausgeschlossen, mit den sich ergebenden Renten auch nur den notdürftigsten Lebensunterhalt zu bestreiten. Mehr zu erreichen war jedoch nicht möglich, weil die Arbeiterschaft nicht über den Einfluß auf die Gesetzgebung verfügt, der für eine weitergehende Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse erforderlich ist.

Verschuldet wird dieser Zustand lediglich durch die Zerspaltung der Arbeiterbewegung sowie durch die Gleichgültigkeit zahlreicher Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber den politischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen ihrer organisierten Klassengenossen. Soll hierin eine Aenderung und Besserung eintreten, so ist sie nur durch die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation zu erreichen. Mittutut.

Die 7. Internationale Arbeitskonferenz.

Am 19. Mai trat in Genf die Internationale Arbeitskonferenz zu ihrer siebenten Tagung zusammen. Sie hat vor allem drei Vorentwürfe von internationalen sozialpolitischen Übereinkommen und einen Vorschlag für die Staatsgesetzgebungen zu erledigen, die von der vorjährigen Konferenz in erster Lesung angenommen wurden. Sie betreffen die Gleichbehandlung in- und ausländischer Arbeiter hinsichtlich der Unfallentschädigung, die 24 stündige wöchentliche Betriebsruhe in Glashütten mit Wannenöfen sowie das Nachtarbeitsverbot für Bäckerleien. Die Vorentwürfe wurden den Regierungen der Mitgliedsstaaten unterbreitet, damit sie etwa notwendig gehaltene Änderungen vor der endgültigen Erledigung mitteilen können. Von diesem Rechte haben nur verhältnismäßig wenige Regierungen Gebrauch gemacht, über deren Änderungsvorschläge die siebente Konferenz zu entscheiden hat.

Auf der Tagesordnung der Konferenz steht ferner die im wesentlichen gleichartige Gestaltung der Gesetzgebung über Unfallentschädigung. Sie ist in besonderem Maße geeignet, zum Gegenstand eines internationalen Übereinkommens gemacht zu werden, da je nach der Güte der bestehenden Gesetzgebung die der Wirtschaft erwachene Belastung erheblich verschieden sein kann. Ein Hauptzweck der internationalen, sozialpolitischen Übereinkommen ist aber gerade der Ausgleich der Lasten zwischen den Staaten. Andererseits gehen diese Übereinkommen nicht darauf hinaus, allzu eingehende Regeln über Einzelheiten aufzustellen. Es wäre kaum denkbar, daß man ein Übereinkommen erstellen könnte, das die Einzelheiten aller zu treffenden Maßnahmen genau festlegen würde.

Eine allgemeine Aussprache über die internationale Sozialpolitik wird — wie in den vorausgegangenen Jahren — an den Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamts anknüpfen, der der Konferenz in Form eines statischen Bandes von 509 Quartseiten vorgelegt wurde. Im ersten Teil des Berichtes werden organisatorische Probleme, die internationale sozialpolitische Gesetzgebung und die Beziehungen zum Völkerbund behandelt. Ferner wird über die Tätigkeit der verschiedenen ständigen Ausschüsse der Internationalen Arbeiterorganisation, über die Funktion des Arbeitsamts als Zentralstelle für sozialpolitische Materialien, die Auskunftserteilung, die Beziehungen zu den Unternehmerverbänden, Gewerkschaften, Gewerkschaften und anderen Organisationen und Institutionen Auskunft gegeben. Der zweite Teil enthält eine Zusammenfassung der Berichte, die die Regierungen nach Art. 408 des Versailler Vertrages über die Maßnahmen zur Durchführung der von ihnen ratifizierten internationalen Übereinkommen zu erstatten haben. Den Schluß bildet eine Bibliographie der internationalen Sozialpolitik.

Die Erfolge der Bestrebungen auf internationale Angleichung der sozialpolitischen Gesetzgebung waren in den zwölf Monaten von Mai 1924 bis April 1925 ganz ansehnlich. Im Mai 1924 war die Zahl der von den Mitgliedsstaaten vollzogenen Ratifikationen internationaler sozialpolitischer Übereinkommen 96, im April 1925 betrug sie 146. Uebrigens waren zum letztgenannten Zeitpunkt 33 Ratifikationen von den zuständigen Stellen genehmigt, aber noch nicht beim Völkerbundsekretär gemeldet worden. In 121 weiteren Fällen hatten Regierungen die Ratifikation von Übereinkommen empfohlen. Langsam geht die Ratifikation des Übereinkommens über den Achtstundentag und die 48-Stunden-Woche in gewerblichen Betrieben vor sich. Bisher haben erst die Tschechoslowakei, Rumänien, Griechenland, Bulgarien und Indien bedingungslos ratifiziert, ferner Oesterreich und Italien bedingt. Der Fortschritt hängt davon ab, daß die großen Industriestaaten sich zur Ratifikation entschließen.

Die siebente Arbeitskonferenz hat auch die Auswahl des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamts vorzunehmen, der aus 24 Mitgliedern besteht, wovon 12 die Regierungen, 6 die Unternehmer und 6 die Arbeiterorganisationen vertreten, dazu kommen noch je 3 stellvertretende Mitglieder in der Gruppe der Unternehmer und Arbeiter. Deutschland ist gegenwärtig in allen drei Gruppen vertreten, Oesterreich nur in der Arbeitergruppe.

Außer dem Bericht des Direktors und den Berichten über die einzelnen Punkte der Tagesordnung ging der Konferenz noch eine umfangreiche vergleichende Darstellung des Standes der Unfallversicherung zu, die Material von bleibendem Wert enthält.

Liberaler Hekt gegen die Arbeiter.

Herr Dr. Gothein war in seinen besten Jahren liberaler Parlamentarier und eine Zeitslang sogar in einem sozialdemokratischen Kabinettsminister. Jetzt gefällt er sich darin, in den Stimmzettungen gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu schreiben. In der „Industrie- und Handelszeitung“ verbricht er einen Artikel unter der kategorischen Ueberschrift „So kann es nicht weiter gehen!“ Dort wettet er gegen den Schiedspruch, der den Eisenbahnerstreik beendete und gegen die Lohnforderungen der Arbeiter im allgemeinen. Gothein erinnert an den Kreislauf: Lohnerhöhung — Preiserhöhung, die sogenannte Schraube ohne Ende und schreibt dann: „Die Arbeitnehmer haben unendlich viel mehr von einer Ermäßigung der Preise ihrer Lebensbedürfnisse als von steigenden Löhnen. Die letzteren führen — wenn sie nicht von steigender Arbeitsleistung begleitet sind — und das sind sie leider nicht gemein — mit Naturnotwendigkeit zur Senkung des Preisniveaus.“ Wir kennen die Weisheit, kennen den Text...! Demgegenüber haben sich die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten, wie die Vergangenheit zeigt, mit geradezu heroischer Entschlossenheit mit niedrigen Löhnen begnügt, ohne von einem nennenswerten Preisabbau etwas zu merken. Ihr Lebensniveau sank teilweise unter das eines ausländischen Arbeiter berechtigter Klage über das soziale Dumping führten. Doch die Preise waren trotz alledem erschreckend hoch. Trotz aller Bemühungen der Regierung zur Senkung der Preise, hörte und sah man nichts davon. Die Arbeiterchaft glaubt längst nicht mehr an das Märchen, daß niedrige Löhne ein erhöhtes Lebensniveau nach sich ziehen.

Der Gau Magdeburg

hatte zum 10. Mai Vertreter der Zahlstellen und der Einzelmitglieder zu einem Gautag nach Aschersleben eingeladen. Schon am 9. Mai trafen fast alle Delegierten ein, um, einer Einladung der Zahlstelle Aschersleben folgend, an dem 15. Stiftungsfest teilzunehmen. In herzlichster Weise wurden die Delegierten begrüßt und von der Ascherslebener Kollegenchaft aufgenommen. In der Festrede des Kollegen v. d. Reith wies dieser auf die Kämpfe in Aschersleben hin und gedachte insbesondere der Verdienste des verstorbenen Kollegen Langkopf. In froher und kollegialer Weise verlief diese Veranstaltung und trug dazu bei, daß neue Freundschaften zwischen den erschienenen Kollegen der einzelnen Orte des Gaues geschlossen wurden. Auch diese Veranstaltung der Ascherslebener Kollegenchaft hat somit ihren agitatorischen Zweck erfüllt.

Am 10. Mai eröffnete der Gauleiter v. d. Reith die Tagung und gab zunächst einen Rückblick auf die Bedeutung des Tagungsortes für die papierverarbeitende Industrie. In seinem Geschäftsbericht gab er eine Uebersicht über den Stand der Organisation im Gau an Hand der monatlichen Statistik. Diese Statistik lasse am besten erkennen, daß die vom VV. veranlaßte außerordentliche Agitation in unserem Gau gute Erfolge zu verzeichnen habe. Der Aufstieg von 2000 auf 2870 Mitglieder beweist besser als alle Reden, daß die nach den Richtlinien des Gauvorsandes einheitlich durchgeführte Agitation im Gau ihren Zweck erfüllt hat. Es kann aber auch jetzt nicht heißen, daß alles erfüllt sei, sondern nach wie vor muß jeder ein Agitator sein und immer darauf bedacht, die Organisation zu stärken. Die Statistik im Gau bedeutet wohl für manchen Funktionär eine Belastung mit weiterer Arbeit, aber diese sollte gern verrichtet werden, da gerade diese monatlichen Erhebungen ein sehr gutes Bindeglied sind und alle Gaumitglieder verfolgen können, wo für unsere Sache gearbeitet und gewonnen wird. Rechtzeitige Absendung der monatlichen Berichtsarten ist dringende Pflicht jeder Zahlstelle. Redner geht dann zu den Kämpfern im Gau Magdeburg über und behandelt die Streiks in Brandenburg und Rathenow. Er hebt den guten Zusammenhalt dieser Kollegenchaft hervor und weist insbesondere dabei auf Brandenburg hin, wo es sich um eine neu organisierte Kollegenchaft handelte, die aber vorbildlich den Kampf durchführte. Zum gedruckten vorliegenden Klassenbericht gab darauf v. d. Reith noch

einige Erläuterungen und fordert von den Zahlstellen mehr als bisher pünktliche und gewissenhafte Abrechnungen an die Verbandstafel. Er geht bei dieser Frage auf einige Vorkommnisse im Gau ein und weist darauf hin, daß er mehr als bisher die Kassenführung der einzelnen Orte im Auge haben werde, und kein Kassierer sollte überrascht sein, wenn durch den Gauleiter die Kasse einer Revision unterzogen würde.

In der folgenden Debatte wünscht Hannemann-Ludenwalde einen Ausbau der „Buchbinder-Zeitung“, insbesondere solle der Frage der Betriebsräte mehr Beachtung geschenkt werden. Ferner wünscht er eine wesentliche Steigerung der jetzigen Löhne, da diese bei weitem nicht mehr ausreichend seien. — Laergh-Brandenburg wünscht, daß der Verbandstag unsere Statuten mehr denen anderer Organisationen angleicht. — Lindig-Aschersleben geht des näheren auf die Verhältnisse in Aschersleben ein und kommt zu dem Schluß, daß die Anstellung eines weiteren Beamten für den Gau Magdeburg mit dem Sitz in Aschersleben dringend notwendig sei. Neben der Verwaltung der vorhandenen etwa 700 Mitglieder seien aus den Kreisen der Heimarbeiter mindestens noch einmal so viel für uns zu gewinnen. Nebenamtlich könne diese Arbeit nicht gemacht werden und außerdem seien am Ort auch nicht genügend Kräfte vorhanden, die sich hierzu zur Verfügung stellen. — Schwarz-Wittenberg spricht seine Zustimmung zu der Durchführung der Agitation aus und befürwortet in seinen weiteren Ausführungen, daß im Gaubureau eine Hilfskraft eingestellt wird, damit der Gauleiter auch abkommen kann, wenn er von den Zahlstellen gerufen wird. — Auch Süß-Torgau wünscht, daß der Gauleiter mehr als bisher an den einzelnen Orten anwesend ist bei wichtigen Verhandlungen mit den Unternehmern. — Eine längere Debatte, an der sich wiederholt die Kollegen Lindig, Schwarz, Schreiber, Haase, Bönfip, Bading, Laergh, Süß, Hannemann und v. d. Reith beteiligten, entspinnt sich über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Anstellung eines zweiten Angestellten für den Gau Magdeburg mit dem Sitz in Aschersleben und wurde beschloffen, einen dahingehenden Antrag an den Verbandstag zu richten.

Zur Vorberatung der eingegangenen Anträge für den Verbandstag wurde eine Kommission gewählt. Nach dem Referat über „Beitrags- und Unterfrügestragen“ soll diese Kommission zusammentreten.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, „Unsere Beiträge und Unterfrügestragen der nächsten Gestaltung“, hält hierauf Haase-Halberstadt das Referat. Redner führt aus, daß in den Gewerkschaften zwei Arten von Beitragsanordnungen zu unterscheiden seien, und zwar der einheitliche Beitrag in den reinen Berufsorganisationen und der gestaffelte Beitrag in den Verbänden mit weiblichen und Heimarbeitern und -arbeiterinnen als Mitglieder; hierzu sei unser Verband zu rechnen. Aufgabe des Verbandes sei es aber, die Anzahl der Klassen auf ein Mindestmaß zu beschränken, da ein fortwährender Wechsel in der Klasseneinteilung auch große Schwierigkeiten in der Verwaltung bringt. Redner heißt es gut, daß von keiner Zahlstelle im Gau versucht worden ist, Anträge für den Verbandstag zu stellen, die die zukünftigen Beiträge betreffen, denn es sei Sache des VV. und des Verbandstages selber, die notwendigen Höhe des künftigen Beitrages zu errednen. Die vom VV. verfügte Umrechnung der Beiträge aus der Inflationszeit müßte den schärfsten Protest aus dem Mitgliederkreise hervorrufen, denn dafür, daß die Mitglieder in der allerfrühesten Zeit der Organisation die Treue bewahrt hätten, würden sie jetzt bestraft, indem man Beiträge umrechne zum Schaden der Mitglieder. Die von anderen Organisationen in vieler Hinsicht gewährten Erleichterungen beim Wiedereintritt usw. gleich nach der Inflation hätte Redner auch für unsern Verband gern gesehen. Zu den Unterfrügestaltungen fordert er, daß der kommende Verbandstag die Krankenunterstützung endgültig aus unsern Statuten streicht. Mit nennenswerten Unterfrügestaltungen sei eine große Beitragserhöhung verbunden. Dagegen ist der Ausbau der Streik- und Gemahrgelantenunterstützung, insbesondere in den niedrigsten Stufen, unbedingt erforderlich. Unsere Invalidentenunterstützung ist vorbildlich und beizubehalten.

Die gut durchdachten Ausführungen fanden großen Beifall, und setzte eine sehr lebhafte Debatte über das Gehörte ein, in der dem Redner allseitig zugestimmt wurde. Die von der gewählten Kommission vorgelegten Anträge für den Verbandstag fanden Annahme.

Nachdem zum Punkt „Verschiedenes“ noch mehrere geschäftliche Angelegenheiten des Gaues ihre Erledigung gefunden hatten, konnte Gauleiter v. d. Reith die Tagung mit der allseitigen Zustimmung schließen, daß die Delegierten nun das Gehörte und Beschlossene auch in den Zahlstellen in die Tat umsetzen wollen. Ein Hoch auf unsere Organisation befruchtete dieses und schiedens sämtliche Teilnehmer mit Dank an die Ascherslebener Kollegenchaft.

Der Goutag für Thüringen

fand am 9. und 10. Mai in Gotha statt. Die Beteiligung war sehr gut, es waren 40 Delegierte erschienen. Der Goutag beschäftigte sich mit

1. Die wirtschaftliche Lage und der Stand unserer Organisation (Referent: Kollege Wachner),
2. Distuffion,
3. Unsere Tarife,
4. Anträge zum Verbandstag,
5. Verschiedenes.

Die Zahlstelle Gotha hatte aus Anlaß des Goutages am 9. Mai einen Begrüßungsabend in Gestalt eines Frühlingsfestes veranstaltet, an dem die Delegierten regen Anteil nahmen. Die Festrede hielt Kollege Wachner. Der Zahlstelle Gotha sei für ihre Bemühungen auch an dieser Stelle gedankt. Hoffentlich tragen solche Veranstaltungen mit dazu bei, das Band der Kollegialität und Freundschaft fester zu knüpfen.

Am 10. Mai fand die Haupttagung statt. Zu Punkt 1 schilderte Kollege Wachner in dreiviertelstündiger Rede die wirtschaftliche Lage Deutschlands gegenüber den anderen Staaten. Während andere Länder dazu übergegangen sind, ihre Produkte selbst herzustellen, ist Deutschland gezwungen, Handelsverträge mit anderen Staaten abzuschließen, um überhaupt bestehen zu können. Durch Einführung hoher Zölle haben wir eine große Arbeitslosigkeit zu befürchten. Einen schweren Stand hat auch die Spielwaren- und Eisindustrie, da Frankreich auf Grund seiner niedrigen Valuta billiger liefern kann. Die Geldknappheit macht sich überall bemerkbar, da die Arbeiterkraft als Hauptfaktor auf Grund ihrer niedrigen Löhne nicht in der Lage ist, ihren Bedarf zu decken. Die Arbeiterkraft muß daher alles daran setzen, ihre Lage zu bessern. Das kann sie nur durch den Zusammenstoß. Je besser eine Berufsgruppe organisiert ist, um so größer sind die materiellen Erfolge. Wachner unterbreitete dem Goutag eine Statistik aus dem Gau Thüringen über den Mitgliederstand von 1913, 1922 und Anfang 1925. Die größte Mitgliederzahl hatten wir im Jahre 1922. Es muß alles versucht werden, diesen Stand wieder zu erreichen. An diesen Bericht schloß sich eine lebhatte Distuffion an.

Zum Punkt „Unsere Tarife“ waren verschiedene Anträge eingegangen. Gefordert wurde die Bezahlung der Ferien nach der Berufstätigkeit bis zu 12 Tagen, Bezahlung sämtlicher Feiertage und Abschluß der Tarife im Winter. Verschiedene Orte hatten Bezahlung nach einer höheren Ortsklasse beantragt. Von mehreren Rednern wurde auf die unhaltbaren Zustände in der Lehrlingsfrage hingewiesen und der Verbandsvorstand ersucht, den Abschnitt 12, Ziffer 56 des Reichstarifes strikt durchzuführen. Das wurde damit begründet, daß in mehreren Betrieben mehr Lehrlinge gehalten werden, als Gehilfen beschäftigt sind.

An den Verbandstag sollen einige Anträge eingereicht und vom Gau befürwortet werden. Gewünscht wurde der Ausbau des gesamten Unterstützungswesens und Einführung der Krankenunterstützung. Ein Antrag der Eisindustrie auf Abhaltung einer Reichskonferenz wurde angenommen und dem Verbandstag überwiesen. Ferner beantragte der Gau die Versorgung des Goubureaus mit einem Telefon im Interesse der Organisation. Ein Antrag auf Entsendung einer Delegation nach Rußland wurde vom Gau gegen 3 Stimmen abgelehnt, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen an ein Kennenlernen der dortigen wirtschaftlichen Lage nicht zu denken ist. Nachdem noch verschiedene Vertreter die örtlichen Verhältnisse zur Sprache gebracht, wurde der Goutag geschlossen mit dem Wunsche, daß seine Arbeit von Nutzen sein möge zum Besten der Kollegen sowie des Verbandes. Vander, Weimar.

Zahlstellenskonferenz im Gau Rheinland-Westfalen.

Am 3. Mai fand in Düsseldorf eine Zahlstellenskonferenz statt, die folgende Tagesordnung zu erledigen hatte:

1. Die Lage des Verbandes im Gau.
2. Der bevorstehende Verbandstag.
3. Verschiedenes.

Die Konferenz war von den Zahlstellen Barmen-Eberfeld, Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen und Wesel besetzt, die sich durch zusammen 20 Delegierte vertreten ließen. Außerdem hatten die linksrheinischen Zahlstellen Köln und Crefeld Vertreter entsandt. Unsere Bruderverbände waren ebenfalls vertreten.

Groenhoff gab bei der Eröffnung der Konferenz dem Wunsche Ausdruck, daß diese fruchtbringend und die Organisation fördernd verlaufen möge. Er erstattete dann einen Bericht über die Lage des Verbandes im Gau und wies auf eine Tabelle über die Mitgliederbewegung hin, die gedruckt vorlag. Diese Tasse stellte einen Auszug aus den Jahren 1913, 1919,

1921 und 1924 dar und gab ein Bild der Entwicklung in dem gesamten ehemaligen Gau Rheinland-Westfalen. Der Gau hatte 1913 1181 männliche und 287 weibliche Mitglieder, von denen 729 männliche und 156 weibliche Mitglieder auf das Gebiet des jetzigen Gaues Rheinland-Westfalen entfielen. Der Höchststand wurde erreicht im Jahre 1921 mit 2207 männlichen und 3904 weiblichen Mitgliedern, von denen 1377 männliche und 2307 weibliche auf unseren Gau entfielen. 1924 war das Jahr der Inflation und des Zusammenbruches, die Mitgliederzahl sank auf 1254 männliche und 1390 weibliche Mitglieder, von denen 848 männliche und 825 weibliche auf das rechtsrheinische Gebiet entfielen. Es ist also noch eine große Zahl Unorganisierter zu gewinnen, bzw. wieder zur Organisation zurückzuführen. Redner schilderte dann die bekannten Ursachen, die zu diesem Mitgliederrückgang geführt haben und ging dann auf die organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten ein, die unser Verband infolge seiner Zusammensetzung naturgemäß haben muß. Unsere Bruderverbände, die Buchdrucker und Steindrucker, haben diese Schwierigkeiten nicht. Um so mehr sei es deren Pflicht, dafür mit einzutreten, daß die Unorganisierten, die zu uns gehören, unserem Verband zugeführt werden. Namentlich die Buchdrucker haben Mitgliedschaften in Orten, die für uns schwer zugänglich sind. Redner schloß seinen Vortrag mit einem Appell an die anwesenden Schwagerkollegen, in diesem Sinne auf ihre Mitgliedschaften einzuwirken und auch daran zu denken, daß nicht nur die in Buchdruckereien und Steindruckereien Beschäftigten organisiert sein müssen, sondern auch die Nebenbranchen. Vor allem aber ist es die Pflicht unserer eigenen Mitglieder, selbst Hand ans Werk zu legen. Wenn das geschieht, können wir hoffentlich das nächste Mal ein besseres Bild entwerfen.

Als erster Distuffionsredner unterstrich Lössner vor dem Buchdruckerverband diese Ausführungen und sprach sich dann über das Zusammenarbeiten der graphischen Verbände, sowie über den graphischen Industrieverband aus. Er betonte, daß die Gauleitung der Buchdrucker diesen Fragen stets sehr großes Interesse entgegen bringe und versprach auch, bei der nächsten Sitzung der Bezirksvertreter die von Groenhoff gegebenen Anregungen zu empfehlen. Bezüglich des graphischen Industrieverbandes habe er die Ansicht, daß derselbe kommen werde und müsse. Die Entwicklung dränge gebieterisch nach dieser Richtung. Welter sei es aber, diese Frage mit Gewalt lösen zu wollen. Sie müßte durch die natürliche Entwicklung der Dinge zur Reife gelangen. Er schilderte dann die noch vorhandenen Hemmnisse. Vor allen Dingen sei die Tarif- und Lohnbewegung jetzt schon mit außerordentlichen Schwierigkeiten belastet, die noch viel größer werden würden, wenn alle graphischen Berufe unter einem Tarifdach vereinigt werden sollten. — Dreger-Köln ging näher auf den Bericht ein und wies besonders auf die hohen Verwaltungskosten in den Grenzgebieten, so auch in unseren beiden Gaue hin. Diese machten natürlich der Verbandsleitung wie auch den Gauerwartungen große Sorgen. Die statistische Aufstellung des Kollegen Groenhoff zeige den Weg, auf dem eine Besserung möglich sei. — Dietrich vom Steindruckerverband betonte, daß seine Organisation nach wie vor auf dem Boden des Zusammengehens und des Zusammenchlusses stehe. Dieser müsse von unten heraus kommen durch die graphische Arbeiterkraft selber. Im Verlauf seiner Ausführungen kam er auch auf die Weisfeier zu sprechen, hervorhebend, daß die Steinrunder die Arbeiterruhe hochgehalten haben, während die Buchdrucker in der Frage verjagt hätten. — Lössner polemisierte gegen diese Ausführungen. Die Weisfeierfrage sei für die Buchdrucker ein ganz besonders schwieriges Problem. Er führte dafür einige Beispiele an. Auch nahm er den ADGB in Schutz, der vielfach der Prügelknabe sei und in bezug auf die Weisfeier gar keine andere Parole habe ausgeben können, wie geschehen sei. — Müller-Düsseldorf trat für die Heranziehung der Jugend ein und schilderte dann das Zusammenarbeiten der graphischen Verbände in Düsseldorf, die sich zu einem Kartell und zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben mit einem eigenen Beamten. In solcher Weise müsse überall zusammen gearbeitet werden, dann würde der Industrieverband bald da sein. — Schwardtner-Essen ging ebenfalls auf die Frage des Industrieverbandes ein. Das Abstimmungsergebnis im Buchdruckerverband sei nicht maßgebend dafür, ob der Industrieverband reif sei oder nicht. Es sei nicht die Lohn- und Tarifpolitik der wesentliche Punkt, weshalb die Buchdrucker die Verschmelzung anstrebten. Jeder denkende Mensch sei sich darüber klar, daß auch im Industrieverband die einzelnen Branchen gesonderte Verhandlungen und Tarife haben würden. Der Schwerpunkt für unseren Verband liege vielmehr in der Tatsache, daß unser Verband die große Belastung der ungelerten und weiblichen Berufsangehörigen allein tragen müsse, während die Buch- und Steindrucker sich dieser Last

entledigt und sie zum Teil dem Hilfsarbeiterverband, zum größeren Teil aber dem Buchbinderverband überlassen haben. Diese Last müsse von allen Verbänden gemeinsam getragen werden, da sie für alle leicht und dazu angetan, das große Heer der Unorganisierten zu erfassen. — Ernst-Düsseldorf ging ebenfalls auf die Frage des Industrieverbandes, wie auch auf das Düsseldorf graphische Kartell ein. In demselben sei die graphische Arbeiterkraft gegenüber dem Unternehmertum zu einer feinen Phalanx vereinigt und könne allen Stürmen Trost bieten. Dieses gute Beispiel sollte allen Delegierten nachahmungswert sein. — Lore-Bochum führte aus der Praxis verschiedene Fälle an, welche zeigen, wie sehr die einzelnen Verbände aufeinander angewiesen sind. Besonders trifft das auch auf den Hilfsarbeiterverband zu, der in vielen Fällen auf die Hilfe der Buchdrucker, Steindrucker oder Buchbinderkollegen angewiesen sei, so daß das Gedeihen oder Verderben mancher Zahlstellen von der tätigen Mitwirkung und Uebnahme von Funktionen aus den verwandten Kollegienkreisen abhängt.

Der Gesangverein „Gutenberg“ begrüßte die Zahlstellenskonferenz mit dem Vortrag einiger schöner, stimmungsvoller und mit großem Beifall belohnter Chöre.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte fand Annahme. Groenhoff ging im Schlußwort kurz auf die einzelnen Ausführungen ein und sprach seine Befriedigung über die sachliche und eingehende Aussprache aus. Zusammenfassend ließe sich sagen, daß die Aussprache den guten Geist kollegialen Zusammenarbeitens der verwandten Berufsverbände erkennen ließ. Die klare Erkenntnis der Verhältnisse und Aussprechen dessen, was ist, sei immer das Beste. Wenn der Bericht über die Mitgliederbewegung nicht so erfreulich erschienen sei, so müsse doch an dem Grundsatz festgehalten werden, daß es keinen Zweck hat, die Augen zu verschließen und mit schönen Reden über die Tatsachen hinwegzuleiten. Es ist zu hoffen, daß es auch wieder aufwärts gehen wird, wenngleich wir uns auch noch auf schwere wirtschaftliche Depressionen gefaßt machen müssen. Auch die Buch- und Steindrucker werden ihre gegenwärtige gute Konjunktur nicht immer behalten und immer mehr werden wir aufeinander angewiesen sein.

Zu Punkt II der Tagesordnung: „Der bevorstehende Verbandstag“ gab Groenhoff eine Einleitung. Er wies darauf hin, daß aus Kollegienkreisen immer wieder gewünscht würde, daß den Zahlstellen Gelegenheit gegeben würde, sich vor dem Verbandstag über denselben auszusprechen zu können. Stets habe sich aber gezeigt, daß gewisse technische Schwierigkeiten eine Verständigung sehr erschweren. Nun liegt aber die Wahlkreiserteilung nicht vor, so daß die vielfach gewünschte Verständigung über die Wahl der Delegierten nicht möglich sei. Leider ist auch noch eine ganze Anzahl Zahlstellen mit der Abrechnung bzw. mit der Einfindung der Berichtarten im Rückstand. So haben wir noch gar kein richtiges Bild, wie groß die Zahl der Delegierten sein wird. Groenhoff geht dann auf die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Verbandstages ein und hebt ihre Bedeutung hervor. Beim Punkt „Buchbinder-Zeitung“ betont er, daß vielfach Kritik an derselben geübt würde, aber auch hier heißt es, „besser machen ist lauer“. Der Redakteur würde eine bessere Mitarbeit mit Freuden begrüßen. Nicht daß nun jeder sich auf seinen Hofboden setzen und lange „Bandwürmer“ produzieren soll. Nein, für uns wertvolle und bedeutsame Presseäußerungen einfinden usw. ist auch eine gute Mitarbeit. Der Redakteur wird sich dann schon sichten und gelegentlich zu verwenden wissen. Die Beitrags- und Unterstützungsfragen sind diesmal mit Recht in den Vordergrund der Beratungen gestellt. Sie sind für die Organisation die wichtigste Frage. Eine Kampforanisation braucht eine solide finanzielle Grundlage. Sie braucht aber auch Mitglieder, die durch die Organisation gegen die schlimmsten Nöte des Lebens in etwas geschützt sind. Dazu sollen die Unterstützungseinrichtungen dienen. Aber nicht befürchten muß, bei jeder Fährnis im Leben vor dem absoluten Nichts zu stehen, der wird im Rahmen der Organisation ein guter Soldat im Klassenkampf sein. Ausnahmen, Idealisten, gibt es gewiß, aber sie bestätigen nur die Regel. Der oft gebrauchte Satz, es muß den Leuten noch weit schlechter gehen, damit sie zur Vernunft kommen, ist durch die Erfahrung widerlegt. Dadurch können wohl blinde Furchtgedanken gefördert werden, aber kein zielbewußter organisatorischer Aufstieg. Von der Gestaltung unseres Finanzwesens hängen auch alle anderen auf dem Verbandstag zu erledigenden Fragen ab. Bedeutungslos erscheint der Punkt 6, Einfühlnahme der Gewerkschaften auf Wirtschaft und Politik. Beides hängt eng zusammen und die wirtschaftliche Macht ist die Grundlage der politischen Macht. Die wirtschaftliche Macht ist aber für die Arbeiter in allererster Linie in den Gewerkschaften verkörpert. Nachdem Groenhoff alle Punkte der Tagesordnung kurz gewürdigt hatte, be-

tonte er, daß der Gauvorstand von der Stellung eigener Anträge abgesehen habe in der sicheren Voraussetzung, daß solche in genügender Anzahl vorliegen werden. Falls der Zahlstellenkonferenz selbst Anträge vorgelegt würden, müsse man versuchen, eine Verständigung darüber herbeizuführen. Betreffs der Delegation sei zu beachten, daß die Gauleiter nicht etwa zur Teilnahme am Verbandstag berufen seien, sondern wie jedes andere Mitglied gewählt werden müssen. — Löschner-Buchdrucker äußert sich im allgemeinen zustimmend zu den Ausführungen Groenhoffs und gibt dann eine Reihe praktischer Hinweise nach den Erfahrungen, die aus dem Verbandstag der Buchdrucker gemacht wurden. — Ernst-Düsseldorf gibt dann eine Reihe Anträge der Zahlstelle Düsseldorf bekannt. Er glaubt aber aus einzelnen Äußerungen der Versammlung den Schluß ziehen zu sollen, daß es keinen Zweck habe, diese Anträge hier zu beraten, sondern sie als Anträge der Zahlstelle Düsseldorf einzulenden.

An der Aussprache über die gestellten Anträge beteiligten sich die Kollegen Löschner, Schwediner, Dreger, Groenhoff, Rehler, Klimm, Kremer vom Hilfsarbeiterverband, Flore und Frau Klimm, sowie Zimmermann-Dortmund. — Ein Teil der Anträge findet die Zustimmung der Konferenz, sie werden durch einstimmige Annahme als Anträge der Konferenz bezeichnet. Andere werden abgelehnt und behält sich die Zahlstelle Düsseldorf vor, sie eventuell selbst zu stellen.

Ein Antrag auf Vereinfachung der Verwaltungsarbeiten wurde dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen mit der Bitte, den Anregungen näher zu treten und von sich aus eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Die Kollegen Löschner-Buchdrucker und Dietrich-Steindrucker gingen dann noch auf die von Dreger und Groenhoff angeschnittene Belastungsfrage in bezug auf die persönlichen Verwaltungskosten ein. Beide Redner führten dabei übereinstimmend aus, daß sie es für einen sehr großen Fehler halten würden, wenn diese Belastung etwa zum Abbau von Angelegten führen würde. Die laufenden Erben würden in diesem Gebiet voranschreitend die christlichen Gewerkschaften sein, die nicht nur über einen verhältnismäßig größeren Beamtenapparat verfügen, sondern ja auch sonst viele freiwillige Hilfskräfte durch die religiösen Einrichtungen und Vereine zur Verfügung hätten. Die freien Gewerkschaften müssen eben solche Lasten als notwendige Geschäftskosten mit in den Kauf nehmen und dürfen keine kurzfristige Finanzpolitik treiben. — Auch Schwediner-Essen machte ähnliche Ausführungen.

Nach einem kurzen Schlusswort zu Punkt III „Beschließenes“ übergegangen. — Ernst-Düsseldorf fragt an, ob es im Interesse des Zusammenhaltes liegen würde, wenn wir im Gau Unterstützungseinrichtungen schaffen würden? Er denke dabei an die Buchdrucker, die eine Sterbekasse haben. — Löschner gibt Aufklärung über diesen Punkt und warnt davor, ein ähnliches Experiment zu machen. Alle Unterstützungseinrichtungen sollten zentraler Natur sein, und in diesem Sinne könne er nur raten, die Finger davon zu lassen. — Flore sprach sich für die Errichtung einer Sterbekasse aus, während Klimm auf die Zentral-Krankenkasse hinwies, der sich die Kollegen anschließen sollten. Zum Schluss wurde die ganze Angelegenheit bis nach dem Verbandstag vertagt. — In vorgerückter Stunde kam Zimmermann-Dortmund auf das Belehrlingsproblem zu sprechen. In Dortmund seien Tausende von schulentlassenen jungen Leuten ohne Stellung. Das Jugendamt sei natürlich bemüht, die jungen Personen unter allen Umständen unter- und von der Straße wegzubringen. Die Fortbildungsschulen seien ausgebeutet worden, um die stellenlosen jungen Leute zu beschäftigen und zu betören. Es würden aber auch alle Arbeitgeber angehalten, Lehrlinge anzunehmen und auszubilden. Daraus könnten für die Gewerkschaften gewisse Gefahren entstehen und sei es unsere Pflicht, ein wachsames Auge auf diese Dinge zu haben. Von gewissen Seiten würde diesem Problem großes Interesse gewidmet. Nach dem Grundsatze: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft, würde gearbeitet, um die jungen Leute im reaktionären Sinne zu beeinflussen. Da müßte es Pflicht der Gewerkschaften und der Ortsausschüsse sein, ebenfalls Einfluß in den Jugendämtern zu haben. In diesem Sinne möchten seine Ausführungen wirksam sein. — Löschner und Dreger gingen ebenfalls auf diese Dinge ein, der erstere, indem er auf die diesbezüglichen Erfahrungen und Einrichtungen in Köln hinwies, letzterer, indem er die gesetzlichen, für uns gangbaren Wege aufzeigte, die in der Belehrlingsfrage und -ausbildung offen stehen. — Groenhoff bedauerte, daß die vorgerückte Stunde es leider nicht möglich mache, diese wichtige Frage noch eingehend zu erörtern. Das sei auch so ein Problem, geeignet, in der „Buchbinder-Zeitung“ behandelt zu werden,

und er möchte im Anschluß an seine vorhergegangenen Ausführungen über Mitarbeit für die „Buchbinder-Zeitung“ die von Kollegen Zimmermann aufgeworfene Frage als ein geeignetes Beispiel hinstellen. — Kollegen Klimm fand dann noch beherzigenswerte Worte an die Anwesenden, sich in den Betrieben der Jugend anzunehmen und ihr mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dann würde die Jugend auch den Weg zur Organisation finden.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Groenhoff wies in seinen Schlussworten darauf hin, daß die Tagung einen befriedigenden Verlauf genommen habe. Hoffentlich lassen sich die gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse bald in die Tat umsetzen, so daß es wieder mit der Organisation aufwärts geht. Er richtete dann Worte des Dankes an die Delegierten und Gäste, die treu ausgehalten und die Tagung befruchtet und interessant gemacht haben. Besonderen Dank gebühre in dieser Hinsicht den Vertretern der Bruderorganisationen, und es sei zu hoffen, daß nun bald überall ein recht inniges Zusammenarbeiten stattfinden möge. Manches gute Wort, welches das gegenseitige Verstehen fördert, ist heute gesagt und dadurch auch manches hier und da noch vorhandene Vorurteil beseitigt worden. Zum Schluss sprach Groenhoff noch der Zahlstelle Düsseldorf für ihre Gastfreundschaft und den gebotenen gefälligen und mustätschigen Genüssen den Dank aus und schloß mit dem Wunsch an die Delegierten auf glückliche Heimkehr und frohes Wiedersehen. Dann schloß Kollege Ernst die Konferenz ebenfalls mit einigen Dankesworten.

Berichte.

Hamburg-Altona. Am 15. Mai fand eine Versammlung der Zahlstelle statt. Kollege Pflüge-Gehrmann referierte über die Verhandlungen mit den Kartonnagenfabrikanten. Er erklärte, daß die Arbeitgeber alle unsere Verbesserungsvorschläge für den Tarif abgelehnt haben. Sie begründen dieses damit, daß sie nicht in der Lage seien, weitere soziale Lasten tragen zu können. Außerdem bezahlten sie ihre Arbeiterschaft so, daß sie an eine Erhöhung der Löhne zurzeit nicht denken können. Von einzelnen Arbeitgebern wurde ganz besonders darauf hingewiesen, daß sich genügend Arbeitskräfte anbieten, die gewillt sind, zu den geringen Hilfsarbeiterlöhnen zu arbeiten. Zudem sei aber auch die Geschäftslage eine sehr schlechte. Die Ausführungen des Kollegen Pflüge wurden ergänzt durch die Kollegen Madner-Beimar, Mey-Frankfurt, Viel-Stuttgart und Dreger-Köln, die ganz besonders darauf hinwiesen, daß die Arbeitgeber ihre Macht mehr und mehr auszunützen versuchen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zumungunsten der Arbeiterschaft zu gestalten. Sämtliche Redner forderten die Kollegenchaft auf, den weiteren Ausbau der Organisation unter allen Umständen zu fördern, dem Verband neue Mitglieder zuzuführen und freudig die Beiträge für die Organisation zu leisten. Nur so sei es möglich, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen gehalten werden können. Der Arbeiter, der sich vom Verbandsabwender, der da glaubt, die Beiträge „sparen“ zu können, weil er auch so seinen Lohn erhält, schädigt die Allgemeinheit, indem er die Kampfkraft der Arbeiterschaft schwächt.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Neben, Münster und Komeich. Letzterer erhob die Forderung auf volle Bezahlung sämtlicher Feiertage. Es sei ein großes Unrecht von den Arbeitgebern, sich gegen dieses billige Verlangen der Arbeiterschaft zu wehren. Pflüge betonte in seinem Schlusswort, daß der Tarifauschuss bisher alles darangesetzt habe, eine restlose Bezahlung der Feiertage zu erreichen. Die Arbeitgeber wehren sich natürlich, eine größere Belastung auf sich zu nehmen und dort, wo die Arbeiter schlecht organisiert waren, gelang es den Arbeitgebern, die Bezahlung der Feiertage fernzuhalten, so z. B. in der Kartonnagenindustrie. Und wenn uns nach dem „M“-Tarif noch zwei Feiertage fehlen, die nicht bezahlt werden, dann werden wir natürlich versuchen, dem Verlangen unserer Mitglieder Rechnung zu tragen. An dem seitherigen Mißlingen dieses Vorhabens tragen aber die Mitglieder und vor allem Dinge die dem Verbands nicht angehörenden Kollegen und Kolleginnen einen großen Teil der Schuld, da sie nicht selbst die nötige Aktivität haben. Küster dankte den auswärtigen Rednern für ihre zu Herzen gehenden Worte und forderte die Versammlung auf, das heute Gehörte im Interesse der gesamten Kollegenchaft in die Betriebe weiterzutragen.

Pariser. Die am 9. Mai stattgefundene vierteljährliche Hauptversammlung war als Jubiläumsversammlung gedacht und erstreckte sich eines guten Besuchs. Kollege Vogel erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Obwohl sich die Beitragstellung im vergangenen Quartal gegenüber den früheren etwas gehoben hat, so müßte, wenn alle Mitglieder die Beiträge pünktlich abliefern und auch den vorgeschriebenen Klassen entsprechend leisten würden, der Kassenabschluß ein viel besserer sein. In dieser Beziehung muß in der Zahlstelle noch vieles sich

bessern und haben die Unterkassierer unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Mitglieder jede Woche bezahlen und nur die Beitragskasse stehen, die für sie zuständig ist. Leider herrscht unter den Kartonnagenarbeitern eine Laune, die nicht länger stillschweigend hingenommen werden kann, sondern scharf bekämpft werden muß.

Der zweite Teil der Versammlung galt der Gründungsfeier des Verbandes und der Ehrung von 4 Kollegen, die 25 Jahre dem Verbands angehören. Die Fische der Jubilare waren reichlich mit Blumen geschmückt. Die Hauskapelle leitete die Feier mit einem Musikstück ein, worauf der Gesangsverein „Lassalla“ in stimmungsvoller Weise das Lied „Das ist der Tag der Freud“ vortrug. Kollege Vogel gedachte hierauf der 4 Jubilare, die 25 Jahre dem Verbands angehören, streifte die Verhältnisse von früher und jetzt und ermahnte die jungen Kollegen und Kolleginnen, ebenso treu und fest zur Organisation zu stehen wie die Jubilare, die unter ganz anderen und schwierigeren Verhältnissen ihre Organisation gekämpft haben und trotzdem treu geblieben sind. Den Jubilaren wurde dann von Kollegen Vogel die vom Verbandsvorstand gestiftete Widmung überreicht. Außer dieser Widmung erhielt noch jeder Jubilare von der Zahlstelle ein Geschenk mit der Widmung „Für 25 Jahre treuer Mitgliedschaft, Zahlstelle Karlsruhe“. Als weiterer Redner sprach hierauf Kollege Dietrich. In kernigen Worten schilderte er die Gründung der Gewerkschaften, die Auflösung derselben unter dem Sozialistengesetz und dann die Verhältnisse unter dem Vereins- und Versammlungsgesetz. Alle diese Schranken habe heute aufgehört, was nur durch einen immer festeren Zusammenschluß der Arbeiterschaft möglich war. Aber all diese Ausnahmegesetze bedeuteten Kämpfe für die organisierte Arbeiterschaft, von denen die heutige Generation keine Ahnung hätte.

Die gutbesetzte Versammlung blieb noch mehrere Stunden in fröhlicher Stimmung zusammen und die Hauskapelle sorgte dafür, daß jung und alt bis zur Polizeistunde das Laussein schwenkte.

Literarisches.

Bitter Rad: Der Weg aus der Wohnungsnot. Finanzierungsversuche und -möglichkeiten. Verlag: Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SO. 3, Schönefeld-Str. 42. 48 Seiten. Preis 0,40 Mk.

Der Verfasser gibt bittere Beispiele — teilweise selbst erlebte — eines Wohnungslebens, das die Menschen sittlich und leblich verdirbt, sie zu Lebensgegnenheiten zwingt, die tief unter der Würde eines Kulturvolkes liegen. Es ist nicht nur Berlin, das so lebt; auch in der deutschen Reichshauptstadt und auf dem flachen Lande geht das gruselige Wohnungsleben um. An die Zustandsbeschreibungen reiht sich eine Fülle von praktischen Beispielen dafür, wie Länder und Gemeinden versuchen, der Wohnungsnot beizukommen. Zum Schluß weist der Verfasser auf die grundsätzliche Lösung des Problems durch die Bodenreform hin.

Lohnrechnungen im Buchdruckgewerbe.

Am 18. und 19. Mai fanden in Berlin die Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen im Buchdruckgewerbe statt. Wie gewöhnlich, lehtnten die Vertreter der Unternehmer zuerst jedes Entgegenkommen ab. Nach schwierigen und langen Verhandlungen kam in den Abendstunden des zweiten Tages denn doch folgendes Abkommen zustande:

Die nach dem Deutschen Buchdrucker-Tarif zuständige Tarifkommission hat in ihrer Sitzung vom 18. und 19. Mai 1925 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Spitzenlohn beträgt für die Zeit vom 30. Mai bis einschließlich 3. Juli 46 Mk., für die Zeit vom 4. Juli bis einschließlich 1. Januar 1926 48 Mk.
2. Wird das Abkommen nicht 3 Wochen vor Ablauf gefündigt, so verlängert es sich bis zum 28. Februar 1926.

Berlin, 19. Mai 1925.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 19. Mai bei der Verbandskasse ein von: Weihenfeld 50,— Mk., = Glauchau 170,— Mk., = Göttingen 300,— Mk., Trossingen 660,— Mk., = Regensburg 175,20 Mk.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Königsberg, Kottbus, Neudamm, Gelp, = Bremen, = Dortmund, Dähmen, Münster, Neufeld, = Koblenz, Trier, = Fulda, Hanau, = Gera, Koburg, Mühlhausen, = Oberwiesenthal, = Gau Altdorf und Baden, Ludwigsburg, Ulm, = Gau Schwaben.